

Junge Generation

Politik muss Dialog aufnehmen

Um es klar zu sagen – spanische, griechische oder gar englische Verhältnisse drohen in Deutschland nicht, was die Situation der Jugend angeht. Besonders rosig sehen aber auch hierzulande die beruflichen Perspektiven für einen großen Teil der unter 35-Jährigen nicht aus. Diverse Studien zeigen: Es gibt eine Million Leiharbeitsverhältnisse, 2,7 Millionen befristete Jobs und rund fünf Millionen Mini-Jobs – ein Großteil besetzt mit Menschen unter 35 Jahren. Fazit: Fast 50 Prozent der Jungen arbeiten in prekärer Beschäftigung.

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, betont: „Bildung und Ausbildung werden immer noch vernachlässigt, unsichere Arbeitsverhältnisse akzeptiert oder gefördert. Zu viele junge Menschen haben keine berufliche Perspektive und keine soziale Sicherheit. Damit drohen auch in Deutschland die Fundamente einer stabilen Gesellschaft zerstört zu werden, wenn wir nicht gegensteuern.“

Eine repräsentative Studie im Auftrag der IG Metall belegt: Mehr

Jugend: Gewerkschaften vorn

Einschätzung von Erwerbstätigen unter 35 Jahren, welche Akteure sich „sehr stark“ oder „stark“ für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation einsetzen (in Prozent)



Quelle: Jugend und Politik. Ergebnis der repräsentativen Erhebung von Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall 2011

Fast jeder zweite Jugendliche vertraut den Gewerkschaften bei ihrem Einsatz für bessere Lebens- und Berufsperspektiven. Andere relevante Akteure, wie Parteien, Regierung und Wirtschaft, schneiden wesentlich schlechter ab.

als zwei Drittel aller Erwerbstätigen unter 35 Jahren und 79 Prozent aller Arbeitslosen unter 35 Jahren meinen, dass für die junge Generation in Deutschland nicht genug getan wird. Dabei ist die Mehrheit der

Befragten (83 Prozent) überzeugt: Unsichere Beschäftigungsverhältnisse haben einen „äußerst hohen“, „sehr hohen“ oder „hohen“ Einfluss auf den sozialen Frieden – im negativen Sinn. Für Wetzel steht fest: Die Politik muss handeln und den Dialog zum Beispiel mit Jugendorganisationen suchen. Als Organisation mit einem hohen Anteil junger Mitglieder will sich die IG Metall in ihren Bereichen noch stärker für die Belange der Jungen einsetzen. Drei Ziele sollen laut Wetzel deshalb in den anstehenden Tarifrunden erkämpft werden: gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, die unbefristete Übernahme aller Azubis nach der Ausbildung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In Sachen Work-Life-Balance hat sich in den Betrieben noch nicht genug getan. Das zeigt eine Betriebsräte-Befragung der IG Metall. Gerade einmal zehn Prozent von ihnen berichten von umfassenden Vereinbarungen in ihrem Unternehmen. Bei den Arbeitgebern spielt das Thema nur selten eine Rolle. 93 Prozent aller betrieblichen Initiativen für eine bessere Vereinbarkeit wurden von Betriebsrat, Vertrauensleuten oder Belegschaft angeregt. Die IG Metall will wie die anderen DGB-Gewerkschaften das Thema noch stärker vorantreiben. Das trifft den Nerv auch der jungen Menschen – 90 Prozent von ihnen sehen darin eine wichtige künftige Herausforderung. Das Engagement der IG Metall für die junge Generation kommt an. Jedes zweite Neumitglied ist unter 27. ●

Seite 3

Gegen Armut

Der DGB hat ein Sofortprogramm gegen Altersarmut gefordert. Details für eine Rente, mit der es sich besser leben lässt, stellt der einblick vor

Seite 5

Wunsch-Arbeitszeiten

Arbeitszeiten, die planbar sind, gehören zwar zum Alltag politischer Forderungen, doch angekommen sind die Modelle zur Zeitsouveränität in der Realität noch lange nicht überall

Seite 7

Krise braucht Führung

Michael Sommer vermisst eine verlässliche Linie bei der Bewältigung der Finanz- und Eurokrise. Mehr Europa fordert der DGB-Vorsitzende im Interview

plusminusBERLIN

+ **Matthias Zimmer, CDU-MdB, kritisiert die FDP-Forderungen, den ALG I-Bezug für Ältere zu kürzen, als „eine mentale Aufrüstung zum Generationenkonflikt“. Er stellt klar: Gerade ältere ArbeitnehmerInnen bräuchten länger, um wieder in Arbeit zu kommen.**

- **FDP-Generalsekretär Christian Lindner will die längere Bezugsdauer des ALG I für Ältere kürzen. „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erfordert keine Quasi-Frühverrentungsformen.“ Sein Rat an CDU/CSU: „Wenn die Union Mut hat, folgt sie mit uns dem Rat der Experten.“**



Der Surf-Tipp fürs Internet

**http://bit.ly/igm_jugend
Internetseite der IG Metall zum Jugendaktionstag am 1. Oktober in Köln**

Hintergrund

**www.einblick.dgb.de/hintergrund
Altersübergangsreport des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAB) an der Universität Duisburg-Essen**

Niedriglohnsektor

Zahlenspiele

Niedriglohn als Chance, so sehen es die Arbeitgeber. Mit einer neuen Studie versuchen sie, diese These zu belegen. Der Auftraggeber, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) – finanziert von der Metall- und Elektroindustrie – ließ vom arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Zahlen vorlegen, die INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr auf das Fazit brachte, Niedriglöhne seien vor allem „Einstieglöhne“.

„Der Niedriglohnsektor ist kein Sprungbrett, sondern für Millionen von Beschäftigten eher eine Armutsfalle“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach. Der Niedriglohnsektor ist

in den letzten Jahren auf über 22 Prozent der Beschäftigten gewachsen. Gleichzeitig sind die Löhne in den Keller gegangen. 40 Prozent der Niedrigverdiener haben nur

ein Einkommen unter der Armutslohngrenze (50 Prozent des Durchschnittslohnes).

Die IW-Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass gerade mal

ein Viertel den Sprung aus der unterbezahlten Arbeit in ein reguläres Arbeitsverhältnis schafft. Das heißt im Umkehrschluss, dass 75 Prozent der BezieherInnen von Niedriglöhnen keine Chance haben, der Armutsfalle zu entkommen. Zum Niedriglohnsektor zählen auch Berufsanfänger und ehemalige Studenten, die meist nur vorübergehend zu den Geringverdienern gehören. Dies zeige, dass für alle anderen Geringverdiener die tatsächliche Aufstiegschance noch deutlich niedriger liege, so Buntbach. „Schönfärberei“ nennt denn auch der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske die INSM-IW-Erkenntnisse. Klaus Wieseühel, Vorsitzender der IG BAU, ergänzt: „Das Lob auf Niedriglöhne ist der durchsichtige Versuch der Wirtschaft, sich auch für die Zukunft billige Arbeitskräfte zu sichern.“

Immer mehr Niedriglöhner

Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor an allen Beschäftigten (in Prozent)



Aller Zahlenakrobatik zum Trotz – auch die IW-Studie kommt nicht umhin, zu konstatieren, dass seit den 90er Jahren der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland kontinuierlich gestiegen ist – auf nunmehr über 22 Prozent aller Beschäftigten.

Eurobonds

Ablehnung unsinnig

Eurobonds können einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Schuldenkrise im Euroraum leisten, ohne dass die Zinsen für deutsche Staatskredite wesentlich steigen. Zu diesem Schluss kommt das Institut für Makroökonomie und

Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Nach der IMK-Analyse lag das Zinsniveau in den letzten Jahren für Anleihen der Europäischen Investitionsbank fast gleichauf mit dem deutscher Staatsanleihen.

Die Veränderung begann mit den Turbulenzen im Euroraum und dem Run auf deutsche Staatsanleihen, deren Zinsen daraufhin spürbar nach unten gingen. Für IMK-

Direktor Gustav Horn ist dies ein „starkes Indiz“, das zeige, dass mit der Einführung von Eurobonds „keine markanten Zinsänderungen für Deutschland zu erwarten wären“.

„Die Bundeskanzlerin muss ihren Widerstand gegen Eurobonds aufgeben“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Jede weitere Blockade setze die Währungsunion und damit die europäische Einigung aufs Spiel.

Investitionen

Beliebter Standort

Trotz Krise liefert derzeit nicht nur der Arbeitsmarkt erfreuliche Zahlen: Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHK) sind die Unternehmen investitionsfreudig wie schon lange nicht mehr. Danach liegt das Investitionsplus bei zwölf Prozent für Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge. Bei den Bauinvestitionen sind es sechs Prozent. Die guten Absichten melden die Exportbranchen Chemie, Metall, Elektro und Fahrzeugbau ebenso wie der inlandsorientierte Handel.

Nach den DIHK-Angaben wollen außerdem 43 Prozent der befragten Unternehmen zusätzlich Personal einstellen. Positiv entwickelte sich auch die Haltung zum Standort Deutschland. Noch 2004 hatten sich 41 Prozent über „Kostennachteile“ beschwert und über eine Verlagerung ins Ausland nachgedacht. Aktuell sei dies nur noch für 22 Prozent der Anlass „für den Schritt über die Grenze“.

Hoch- und Geringqualifizierte

Der Abstand wächst

Die Einkommensschere zwischen Gering- und Hochqualifizierten klafft immer weiter auseinander. Das geht aus einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Deutschland gehöre unter den OECD-Ländern zu denen mit dem höchsten Anstieg der Lohnungleichheit, stellt IAB-Direktor Joachim Möller fest.

Nach der Untersuchung von Möller hatten 40-jährige vollzeitbeschäftigte Männer mit einer

abgeschlossenen Berufsausbildung 1984 durchschnittlich ein 19 Prozent höheres Bruttogehalt als gleichaltrige Ungelernte. Die Differenz ist seitdem kontinuierlich gestiegen. 2008 lag sie bereits bei 27 Prozent.

Noch schlechter fällt die Bilanz bei den Reallöhnen aus. Bei den um den Preisanstieg bereinigten Bruttolöhnen fielen die Geringqualifizierten auf das Niveau der 1980er Jahre. Möller: „Bis etwa zum Zeitpunkt der Wiederver-

einigung stiegen die Reallöhne auch für die Geringqualifizierten noch deutlich an. Seitdem sinken sie. An der Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstands in den vergangenen 25 Jahren nahmen die Geringqualifizierten daher nicht teil.“

Bei den Akademikern hingegen stiegen seit 1980 die Reallöhne um 22 Prozent. Bei den Fachhochschulabsolventen und Meistern noch um 17 beziehungsweise 18 Prozent. Geringqualifizierte, so Möllers Fazit, müssten seit 1990 Reallohnverluste hinnehmen, die sich seit 2005 nochmals beschleunigt hätten.

Maßnahmen gegen Altersarmut

Nicht zum Nulltarif

Am 7. September nimmt die Bundesregierung den „Regierungsdialog Rente“ auf. In Gesprächsrunden mit Rentenexperten, Sozialpartnern und Sozialverbänden will Ministerin Ursula von der Leyen nach Wegen suchen, Altersarmut zu verhindern. Im Vorfeld der Gespräche hat der DGB ein Sofortprogramm gefordert.

„Wir nehmen den Regierungsdialog ernst“, erklärt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Eine reine Showveranstaltung sei mit den Gewerkschaften aber nicht zu machen: „Altersarmut ist eine tickende Zeitbombe, und die Koalition darf die Chance nicht verspielen, sie rechtzeitig zu entschärfen. Wenn die Bundesregierung allerdings nur Placebos anbietet und gleichzeitig die Nachhaltigkeitsrücklage verpulvern sollte, kann sie sich den Regierungsdialog gleich ganz sparen. Der Kampf gegen Altersarmut lässt sich nicht zum Nulltarif gewinnen“, so Buntenbach.

In einem Neun-Seiten-Papier hat der DGB die gewerkschaftlichen Anforderungen an den Regierungsdialog zur Altersarmut zusammengefasst. Zentrale Forderung des DGB ist, auf die Absenkung des Rentenbeitrags zu verzichten und den dadurch entstandenen finanziellen Spielraum zur Bekämpfung der Altersarmut einzusetzen. „Wir fordern Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen auf, die Spielräume der Nachhaltigkeitsrücklage der Gesetzlichen Rentenversicherung zu

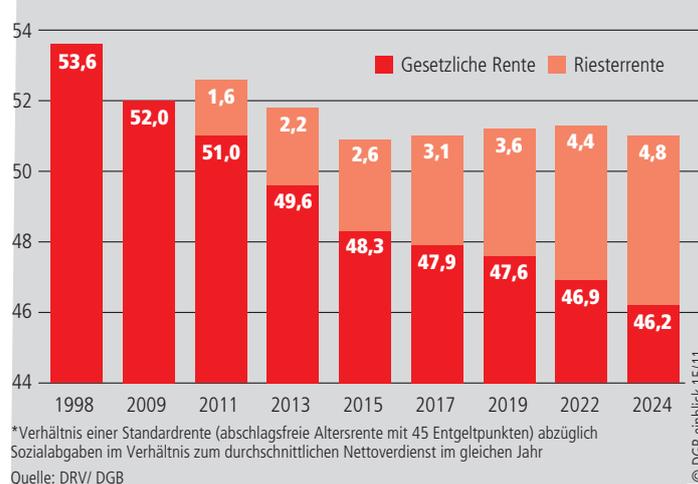
nutzen, um die Alterssicherung armutsfest zu machen“, erklärt Buntenbach. Der DGB schlägt vor, den Beitragssatz der Gesetzlichen

der demografischen Entwicklung selbst im Jahr 2025 noch über 18 Milliarden Euro betragen. Diese Spielräume dürften nicht einer waghalsigen Beitragssatzsenkung geopfert werden. Derzeit ist gesetzlich geregelt, dass der Beitragssatz gesenkt werden muss, wenn die Rücklagen der Rentenkassen 1,5 Monatsausgaben übersteigen. Der DGB spricht sich dafür aus, diesen „Automatismus“ auszusetzen.

Denn wenn die Bundesregierung nicht endlich handelt,

Immer größere Lücken

Gesamtrentenniveau vor Steuern (in Prozent)*



Die Rentenreformen der letzten Jahre führen dazu, dass das Gesamtrentenniveau künftig weiter sinken wird und neue Versorgungslücken entstehen.

Rentenversicherung konstant bei 19,9 Prozent zu belassen. Dadurch könnten alle notwendigen Maßnahmen finanziert werden. Die Rücklage würde trotz der Mehrausgaben gegen Altersarmut und

ist Altersarmut in Zukunft kein Randphänomen mehr, sondern nimmt drastisch zu – insbesondere im Osten. Ursachen sind der boomende Niedriglohnsektor und die in den letzten Jahren beschlossenen Rentenkürzungen, die sich im Jahr 2030 auf bis zu 25 Prozent summieren. „Die Bundesregierung muss das Problem an beiden Enden gleichzeitig anpacken, den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen und die Rentenleistungen verbessern“, stellt Buntenbach klar. Das vom DGB geforderte Sofortprogramm soll langfristig wirken. Notwendig sei neben der Eindämmung von Armutslöhnen und der Neuauflage der steuerfinanzierten „Rente nach Mindesteinkommen“ insbesondere eine wirksame Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und der Reha-Leistungen sowie die Abschaffung der Rente mit 67. •

Das DGB-Sofortprogramm gegen Altersarmut

Kostenneutrale Sicherungselemente:

- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde
- Equal Pay in der Leiharbeit

Steuerpolitisch relevante Sicherungselemente:

- Wiedereinführung der „Rente nach Mindesteinkommen“
- Stopp der Subventionierung von Niedriglöhnen

Beitragsrelevante Sicherungselemente:

- Aufwertung der Erwerbsminderungsrente
- Abschaffung der Rente mit 67
- Erhöhung des Reha-Budgets

Mehr Rente für Niedriglöhner

Wer nach einem langen Arbeitsleben am unteren Ende der Einkommensskala verrentet wird, dem droht künftig Altersarmut. Um das zu verhindern, fordert der DGB, die „Rente nach Mindesteinkommen“ wieder einzuführen. Sie war 1992 abgeschafft worden. Anfang August hatte das bereits der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann vorgeschlagen.

Nach diesem Konzept werden unterdurchschnittliche versicherungspflichtige Einkommen bei Rentenbeginn um den Faktor 1,5 auf maximal 75 Prozent des Durchschnittsentgelts hoch gewertet. Voraussetzung ist, dass mindestens 35 Jahre Beiträge gezahlt wurden. Je länger die Lebensarbeitszeit, umso höher ist der Rentenanspruch.

Ein Beschäftigter mit zum Beispiel 40 Beitragsjahren und einem Einkommen von 50 Prozent des Durchschnitts, läge aktuell bei einer Rente von 549,40 Euro. Seine „Rente nach Mindesteinkommen“ hingegen würde 824,10 Euro betragen. Die Erhöhung orientiert sich an der erbrachten Beitragsleistung, bietet aber auch für Beschäftigte im Niedriglohnbereich mit langer Erwerbsbiografie die Chance auf eine Rente, die ihm im Alter die Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge erspart.

Hintergrund und Materialien:
<http://www.dgb.de/lwRr>

Otto-Brenner-Stiftung

Talk des Herrn

Am 11. September startet Günter Jauch seine Talkshow in der ARD. Dann lassen allein im Ersten insgesamt fünf ModeratorInnen ihre Talkgäste wöchentlich über den aktuellen Zustand von Politik und Gesellschaft diskutieren. Die Studie „... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“ der Otto-Brenner-Stiftung geht dem drohenden „Talkshow-Overload“ auf den Grund. Bernd Gäbler, Autor der Studie, hat ein Vierteljahr lang alle relevanten Talkshows untersucht. Ein Ergebnis: Bosse aus der Wirtschaft stellen sich höchst selten der Fernsehöffentlichkeit, PolitikerInnen – entgegen anders lautender Mutmaßungen – sind als Dauergäste längst abgelöst durch Medienleute. „Die Wiederholungsquote bei der Gästeschar ist auch deswegen so hoch, weil das Fernsehen sich immer stärker auf sich selbst rückbezieht“, so der Medienwissenschaftler. Die Form dominiere den Inhalt und die Beliebtheit wachse, konstatiert er. Seine Ergebnisse verdichtet er in „Handlungsanweisungen“, die dazu einladen, kontrovers diskutiert zu werden. Die Studie steht im Internet zum Download bereit. ●

www.otto-brenner-stiftung.de

interregio

●●● ver.di, der **DGB Nord** und der Deutsche Journalistenverband (DJV) wollen mit einer **gemeinsamen Kampagne** auf die schwierige Situation der Medien in Mecklenburg-Vorpommern hinweisen. Unter dem Motto „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern“ wollen die Initiatoren gerade im Wahlkampf auf die wichtige Funktion der „vierten Gewalt“ hinweisen. In einem Bundesland, in dem keine wirkliche Zeitung mehr erscheine, in dem die Basis für kritischen Journalismus etwa



Zu einem konstruktiven Dialog will der Sammelband **Gewerkschaftliche Modernisierung** einladen. Die Autoren beleuchten aus sozialwissenschaftlicher Sicht die Modernisierungsbemühungen der Gewerkschaften. Sie analysieren die Gratwanderung zwischen Korporatismus und Konfliktorientierung bei der Bewältigung der jüngsten Krise. Kritisch bewerten sie, dass es Betriebsräten und Gewerkschaften noch nicht gelungen sei, eine politisch adäquate Strategie gegen die massive Ausweitung prekärer Beschäftigung sowie gegen Tarifaufweichung zu finden. Die einzelnen Befunde sezieren

widersprüchliche Bewusstseinsmuster, zeigen aber auch an Einzelbeispielen erfolgreiche Modernisierungen, etwa mit Organizing-Modellen.

Thomas Hajpeter, Klaus Dörre, (Hrsg.)
Gewerkschaftliche Modernisierung.
Gewerkschaft im Wandel, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011,
304 Seiten, 34,95 Euro

Um die Zukunft von ver.di geht es Martin Kempe, bis 2007 Chefredakteur von ver.di publik, in seinem Buchessay **10 Jahre ver.di – Die Chancengewerkschaft**. Mit der kritisch-wohlwollenden Distanz des ehemaligen Insiders untersucht er, ob es der Multibranchengewerkschaft gelungen ist, den hohen Erwartungen von Mitgliedern und Öff-

entlichkeit aus der Gründungsphase gerecht zu werden. Kempe benennt Erfolge – von Tarifkämpfen über Organizing-Projekte bis zur Mindestlohnkampagne, er zeigt aber auch, dass der Mitgliederverlust der Großorganisation zwar zurückgeht, aber noch nicht gestoppt ist. Und doch ist sich Kempe sicher, dass ver.di noch jede Menge Chancen hat – etwa dann, wenn die Gewerkschaft den Prozess, den sie 2008 mit dem Projekt „Chance 2011“ beschritten hat, konsequent weitergeht: Mitgliederorientierung als Ziel und Maßstab für das gesamte Organisationshandeln.

Martin Kempe, 10 Jahre ver.di – Die Chancengewerkschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2011,
113 Seiten, 9,90 Euro.

ACE und ver.di

Fernbusse nicht ohne Gute Arbeit

ver.di und der Auto Club Europa (ACE) haben dem Plan der Bundesregierung, ein neues Netz von Fernbuslinien zu schaffen, grundsätzlich zugestimmt. Allerdings dürften dabei Fahrgastrechte und Arbeitnehmerrechte „nicht unter die Räder geraten“. Fernbusse müssten zudem Mautpflichtig sein.

Beide Organisationen betonen: Der Fernbuslinienverkehr trage dazu bei, „das Mobilitätsangebot in Deutschland sinnvoll zu ergänzen“. Das Argument, mit der Einführung von Fernbussen ginge eine Ausdünnung der Angebote der Bahn einher, weisen ver.di und ACE zurück. Dafür gebe es keine Belege. ●

WEED

Spekulation auf Nahrung

Mit einem kostenlosen Internetfilm zeigt das globalisierungskritische Netzwerk WEED, wie mit Nahrungsmitteln spekuliert wird. Vor allem so genannte Terminbörsen, die in den USA und auch zunehmend in Europa eine Rolle spielen, stehen im Fokus der Kritik. WEED erklärt anschaulich die Gefahren, die die immer stärkere Beteiligung von Banken und Fonds an diesen Börsen mit sich bringt. WissenschaftlerInnen sind überzeugt: Finanzspekulation sorgt nicht nur für steigende Lebensmittelpreise, sie ist auch mitverantwortlich für Millionen zusätzliche Hungernde.

WEED fordert eine strenge Regulierung der Rohstoffmärkte. Dazu gehören hohe Sicherheitsleistungen für den Handel außerhalb von regulären Börsen, Preislimits und eine Transaktionssteuer auf Rohstoffterminhandel. Die G20-Finanzminister wollen bis November über Maßnahmen entscheiden. ●

http://bit.ly/weed_vid

durch Tariffucht, wie zuletzt bei der *Schweriner Volkszeitung*, systematisch in Frage gestellt werde, dürfe die Politik nicht wegschauen. Die Kampagne läuft parallel zum Landtagswahlkampf. Gefordert wird mehr Transparenz über die Besitzverhältnisse von Verlagen sowie demokratische Mitwirkungsrechte für JournalistInnen, um Monopole zu verhindern.

<http://nord.dgb.de>

●●● Stefan Körzell, Bezirksvorsitzender des **DGB Hessen-Thüringen**, und der SPD-Fraktions- und

Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel haben gemeinsam die hessische Landesregierung aufgefordert, die **Energiewende** endlich anzugehen. Körzell ist sich sicher, dass die Energiewende in Hessen machbar ist: „Hessen hat die industriellen Möglichkeiten, hier ganz vorn mitzuspielen. Diese sollten wir nutzen, um als Vorreiter auf die ersten Plätze bei der zukunfts-gewandten Energieerzeugung zu kommen, statt wie bisher am Tabellenende auf der Stelle zu treten.“

<http://hessen-thueringen.dgb.de>

Zeitsouveränität

Firmen lernen langsam

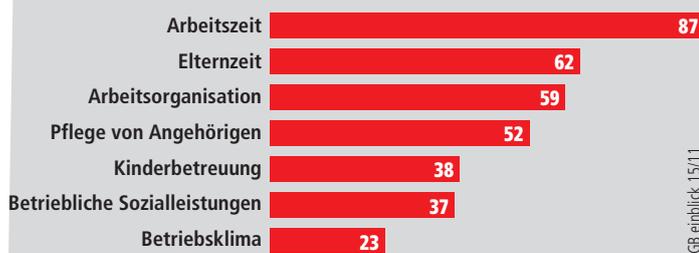
Alle reden von familienfreundlichen Arbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität der Beschäftigten. Doch die Umsetzung in der Praxis verläuft schleppend. Die Arbeitszeiten der meisten Beschäftigten sind starr, echte Zeitsouveränität gibt es nicht – von Ausnahmen abgesehen.

Zahlreiche Studien belegen: Mit familienfreundlichen Arbeitszeiten sammeln Firmenchefs nicht nur Pluspunkte bei ihren Beschäftigten, ein ausgewogenes Konzept von der Kinderbetreuung bis zu Arbeitszeitkonten kann auch die mittlerweile gesuchten Fachkräfte locken.

„Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010“ konstatiert, dass mittlerweile fast alle Unternehmen mindestens eine Maßnahme im Bereich Arbeitszeitflexibilisierung / Telearbeit anbieten. Doch bleibt die Zahl der explizit zum Thema Vereinbarkeit abgeschlos-

Regelungen zur Arbeitszeit am wichtigsten

Regelungsbereiche in Betriebsvereinbarungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Häufigkeit in Prozent)



Quelle: Betriebsrätebefragung der IG Metall, Juli /August 2011

Arbeitszeitfragen stehen im Zentrum von vielen existierenden Betriebsvereinbarungen für eine bessere Vereinbarkeit. Meist von Betriebsrat, Vertrauensleuten oder Beschäftigten initiiert, geht es dabei nicht um flexible Arbeitszeitregelungen wegen Maschinenlaufzeiten, sondern um mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten.

Arbeitszeiten sind das wichtigste Instrument einer familienfreundlichen Arbeitsgestaltung. DGB und die Gewerkschaften rühren deshalb auf vielfältige Art die Werbetrommel für neue, kreative Arbeitszeitmodelle. An Unterstützung für Unternehmen wie auch Betriebs- und Personalräte, die familienfreundliche Arbeitszeiten umsetzen wollen, mangelt es nicht – nicht nur von den Gewerkschaften, auch von der Bundesregierung oder der EU. Christina Stockfisch, Leiterin des DGB-Projektes „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“, registriert bei der Bereitschaft der Unternehmen dennoch „eher Stagnation“ als einen positiven Aufwärtstrend. Zwar hat das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im

senen Betriebsvereinbarungen eher gering – eine aktuelle IG Metall-Betriebsrätebefragung zum Thema spricht von rund 10 Prozent. Und bei 93 Prozent aller familienfreundlichen Maßnahmen ging die Initiative von Betriebsrat, Vertrauensleuten oder Beschäftigten aus.

In der Chemiebranche haben bereits 2006 IG BCE und Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) die Sozialpartner-Vereinbarung „Für eine chancengleiche und familienbewusste Personalpolitik“ geschlossen. Diese Vereinbarung habe sich „zu einer Erfolgsstory entwickelt“, zog die IG BCE in diesem Jahr Bilanz. Auf ihrer Grundlage wurden bislang über 100 betriebliche Regelungen abgeschlossen. Die IG BCE nimmt sich selbst nicht aus: Sie lässt sich seit

Jahren von der Hertie-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifizieren.

Die Hertie-Stiftung, die 1998 die Zertifizierung mit ihrem Audit „berufundfamilie“ startete, hat bis August 2011 rund 900 Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen Familienfreundlichkeit bestätigt. Nicht jedes zertifizierte Unternehmen bietet den Beschäftigten identische Angebote. So kann die Handelskette Rewe mit „Gleitzeit“ oder „Personalentwicklungsangeboten für alle Beschäftigten“ schon punkten. Bei Vodafone hingegen gehört eine umfassende Betriebsvereinbarung ebenso zum Angebot wie firmeneigene Kinderkrippen.

Insgesamt haben sich die Rahmenbedingungen für eine innovative Arbeitszeitpolitik in den letzten Jahren eher verschlechtert. Arbeitsverdichtung und Entgrenzung der Arbeit bestimmen immer mehr den Arbeitsalltag. DGB-Expertin Stockfisch ist dennoch optimistisch. Der zunehmende Fachkräftemangel werde die Unternehmen vielleicht doch schneller auf neue Ideen bringen.

So entschied sich der schwäbische Maschinenbauer Trumpf für ein umfassendes Konzept. Das sei eine „Arbeitszeit-Revolution“, lobte das Magazin *Mitbestimmung* der Hans-Böckler-Stiftung: Bei Trumpf können die Beschäftigten zwischen 15 und 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Oder bis zu zwei Jahren pausieren (fürs halbe Geld, nachdem sie ebenso lang fürs halbe Geld gearbeitet haben). Oder bis zu 1000 Stunden auf einem Arbeitszeitkonto ansparen und dann in Freizeitblöcke ummünzen. Der Grund ist einfach: Die Firma braucht Fachkräfte, und die IG Metall will die Zeitsouveränität der Beschäftigten stärken. Die Maßnahmen von Trumpf könnten sich lohnen: Zwei Drittel der Beschäftigten zwischen 25 und 39 Jahren würden für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Arbeitsplatz wechseln, hat das Allensbach-Institut für Demoskopie ermittelt. ●

Flexible Arbeitszeiten gegen Fachkräftemangel

Mehrere Hunderttausend Mütter könnten einen Job annehmen, wenn es mehr familienfreundliche Arbeitszeiten und mehr Ganztagsbetreuung geben würde. Das hat das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) im Auftrag des Bundesfamilienministeriums in seinem im Februar 2011 veröffentlichten Bericht „Familienfreundliche flexible Arbeitszeiten – Ein Baustein zur Bewältigung des Fachkräftemangels“ festgestellt. Um das ungenutzte Fachkräftepotenzial ausschöpfen zu können, sollte sich familienfreundliche Personalpolitik nicht nur nach dem Bedarf des Unternehmens richten, sondern Flexibilität und Planungssicherheit für die Beschäftigten bieten, so die Empfehlung der WissenschaftlerInnen.

http://bit.ly/liza_zeit

DGB-Projekt

Familienbewusste Arbeitszeiten sind seit Anfang des Jahres der neue Schwerpunkt des DGB-Projektes „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“. Mit einer Vielzahl von Angeboten will es Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, aber auch Unternehmen dabei unterstützen, familienfreundliche Arbeitszeitkulturen aufzubauen.

www.familie.dgb.de

kurz & bündig



Die EVG kritisiert Bundesverkehrsminister Peter

Ramsauer (CSU) für das bisher unvollständige Teststreckennetz, auf dem die über 25 Meter langen Gigaliner-LKWs geprüft werden sollen. Zudem lehnt sie die Einführung von Testfahrten ohne Zustimmung des Bundesrates ab.



Die IG BAU hat sich mit den Arbeitgebern im Gebäudereiniger-

Handwerk auf eine deutliche Lohnerhöhung geeinigt. Der Tarifabschluss sei der erste große Schritt auf dem Weg zur Überwindung der Lohnmauer zwischen Ost und West. Die Ostlöhne steigen in zwei Stufen auf 84 Prozent des Westlohns.



Die NGG unterstützt mit einer Service-Hotline und dem

Internetangebot Dr. Azubi auf www.junge-ngg.net den Berufsstart von jungen Menschen. Vor allem Azubis in Betrieben ohne Betriebsrat soll damit geholfen werden. Junge Menschen bräuchten Schutz vor Ausbeutung, so die NGG.

Hotline Gastgewerbe:

040/38013255

Hotline Bäckerhandwerk:

040/38013265



Die GdP fordert klare Regeln für polizeiliche Auslandsein-

sätze. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek betont: „Auslandseinsätze der deutschen Polizei müssen klar definierte und transparente Ausbilder-Einsätze sein.“

EGB-Demo in Breslau

Ja zu europäischer Solidarität

Für einen Richtungswechsel in der europäischen Politik demonstrieren am 17. September GewerkschafterInnen aus ganz Europa im polnischen Wroclaw / Breslau. Am 16. und 17. September tagt dort der EU-Rat der Wirtschafts- und Sozialminister.

Zur Demo rufen der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und seine Mitgliedsbünde auf. Das Motto: „Ja zu europäischer Solidarität. Ja zu guter Arbeit und Tarifautonomie. Nein zum unsozialen Spardiktat“. Die europäischen Gewerkschaften wollen verhindern, dass die Krise

Menschen in Europa in Gewinner und Verlierer spaltet. „Solidarität ist das Gebot der Stunde“, heißt es im Demo-Aufruf. Und weiter: „Turbulenzen und Spekulation auf den Finanzmärkten bedrohen die wirtschaftliche und soziale Stabilität der EU.“ Die Gewerkschaften erwarten von der Politik jetzt entschlossenes und solidarisches Handeln: „Macht Schluss damit, dass Finanzmärkte und Ratingagenturen die Politik



bestimmen!“ Überfällig seien klare politische Entscheidungen für eine nachhaltige, solidarische Wirtschaftspolitik im Interesse

der BürgerInnen Europas. Die DGB-Regionen in den an Polen angrenzenden Bezirken haben Busse organisiert. Mehr Infos dazu gibt es bei den DGB-Regionen. ●

http://bit.ly/legb_aktion

ver.di-Website

Starker Auftritt

Zehn Jahre nach der Gründung präsentiert sich ver.di rechtzeitig vorm diesjährigen Bundeskongress mit einem völlig überarbeiteten Internet-Auftritt. Mit großzügiger Raumgestaltung – überwiegend in weiß – wirkt www.verdi.de sehr nutzerfreundlich und übersichtlich.

Bisher hat sich ver.di im Netz hauptsächlich über die Struktur der Fachbereiche und -gruppen präsentiert. Nun bietet die Homepage vier klar umrissene Bereiche: Über

uns, Themen, Service und Wegweiser. So wird die alte Unübersichtlichkeit aufgehoben, bei der es des Öfteren auch zu Doppelungen kam. Andreas Stangl, vom ver.di-Bereich Kommunikation und Marketing, der den Relaunch mit betreut hat, erklärt: „Es war uns wichtig, einen Auftritt zu schaffen, der sich stärker an den Bedürfnissen der Mitglieder orientiert oder solchen, die es werden wollen.“ Die neue Struktur setzt nun nicht mehr die Kenntnis der ver.di-Fachbereichsstrukturen voraus, um die gewünschten Infos zu finden. Über die Meta-Navigation gelangt man direkt ins ver.di-

Mitgliedernetz, ein Wegweiser führt die an die Fachbereichsstrukturen gewöhnten NutzerInnen in die entsprechenden Bereiche.

„Wir wollen unterschiedliche Zugänge zu ver.di bieten und zeigen, dass wir eine vielseitige Organisation sind, die viel zu bieten hat. Wir wollen zeigen, dass es sich lohnt, ver.di-Mitglied zu sein“, sagt Stangl. Der neue ver.di-Auftritt stellt deutlicher heraus, welche Vorteile Mitglieder haben. Auch sprachlich setzt der neue Auftritt Akzente – „Gewerkschaftsdeutsch“ soll künftig der Vergangenheit angehören. ●

IG Metall

Flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben

Die Rente mit 67 ist Gesetz. In absehbarer Zeit – so fürchtet die IG Metall – wird es wohl keine entscheidende Novellierung geben. „Eine einfache Neuauflage unseres ‚Nein‘ zur Rente mit 67 reicht nicht“, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban, zuständig unter anderem für Sozialpolitik. Anstelle des schlichten „nicht mit uns“ wollen die Metaller nun stärker die Forderung nach

flexiblen Ausstiegsmöglichkeiten in den Vordergrund rücken. Dazu gehören unter anderem, den Zugang zur Erwerbsminderungsrente zu erleichtern, die Altersteilzeit weiter öffentlich zu fördern und den abschlagsfreien Rentenzugang nach 40 Versicherungsjahren für 60-Jährige zu ermöglichen. Zudem müsse sichergestellt werden, dass 65-jährige und ältere Arbeitslose „keine sozialrechtlichen Sankti-

onen befürchten müssen“, wie beispielsweise Sperrfristen. Neben der Forderung nach einer entsprechenden Gesetzgebung will die IG Metall die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Sie sollen altersgerechte Arbeitsplätze bereitstellen. Ältere ArbeitnehmerInnen benötigen zudem ein „Recht auf Freistellung von alterskritischen Tätigkeiten wie Schichtarbeit“, fordern die Rentenexperten der IG Metall. ●



Foto: DGB

Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer, 59**, ist seit Juni 2010 auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Michael Sommer im Interview

Europa braucht klaren Kurs

Durch eine Inflation von Gipfeln und halbherzigen Versprechungen lassen sich weder die Finanzkrise noch die Krise der Eurozone überwinden. Von der Kanzlerin erwartet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer „eine klare, verlässliche Linie“ und erinnert daran, dass bereits der G20-Gipfel 2009 in London ein umfassendes Programm zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt hat – ohne Folgen.

■ Seit Mitte August spielen nun auch die Börsen verrückt. Droht eine neue Wirtschafts- und Finanzkrise?

■ Keine neue – die Wirtschafts- und Finanzkrise dauert weiter an, nur die Erscheinungsform ändert sich immer wieder. Die Krise begann 2007 mit der US-Immobilienkrise, ging dann mit der Lehman-Pleite und den damit einhergehenden weltweiten Turbulenzen auf den Finanzmärkten weiter. Jetzt hat sie als Spekulationswelle den Euroraum erreicht, möglicherweise bald auch die USA oder andere. Diese andauernde Krise des kapitalistischen Finanzsystems wird man nur in den Griff bekommen, wenn tatsächlich die Finanzmärkte gezähmt und den Zockern das Handwerk gelegt wird.

■ Hat die Politik hier versagt?

■ Ja. Denn die G20-Staats- und Regierungschefs hatten diese Erkenntnis bereits im April 2009. Auf ihrem Londoner Gipfel haben sie ein umfassendes Programm zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt. Leider ist davon bis heute nur sehr, sehr wenig umgesetzt worden – schon gar nicht im weltweiten Maßstab. Solange das nicht geschieht, werden wir die Krise nicht in den Griff bekommen. Mehr noch: Der Kapitalismus droht, an seiner eigenen Gier zu ersticken und dabei weltweit die Menschen und ganze Volkswirtschaften in den Abgrund zu reißen.

■ Was ist aktuell zu tun, um das zu verhindern?

■ Was den Euro betrifft, gilt es, die Spekulation gegen den Euro einzudämmen. Das gelingt nur mit einer gemeinsamen Währungspolitik und Eurobonds. Darüber hinaus muss man die eigentlichen Ursachen der Krise angehen. Dazu gehören zum einen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und die wachsende soziale Ungleichheit. Der private Reichtum wächst immer mehr, gleichzeitig nimmt die Armut zu, sowohl die private als auch die staatliche. Zum anderen müssen die Märkte reguliert werden. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer,

und wir müssen dafür sorgen, dass Steuern auf Spekulationsgewinne tatsächlich abgeschöpft werden. Dabei müsste zumindest der Euroraum gemeinsam handeln, ein weltweit abgestimmtes Vorgehen wäre besser. Angesichts der Stärke der Spekulanten in Großbritannien und in den USA fehlt mir dazu der Glaube. Bei der Haushaltskrise in den USA hat sich erneut gezeigt, dass letztendlich die Wall Street regiert.

■ Und die nimmt in Kauf, dass die Arbeitslosigkeit in den USA rapide wächst?

■ Nicht nur in den USA, sondern weltweit. Dabei muss man sehen, dass wir in Deutschland in einer Sondersituation leben. Wir spüren die Auswirkungen der weltweiten Krise, aber trotz verdeckter Arbeitslosigkeit ist der Arbeitsmarkt hierzulande stabil. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist nicht so hoch wie bei unseren europäischen Partnern. Überall sonst auf der Welt hat die Finanzkrise eine Beschäftigungskrise zur Folge – allein durch ihre erste Welle haben weltweit über 40 Millionen Menschen ihren Job verloren.

■ Trotz aller Stabilität ist Deutschlands Wirtschaft über den Euro, über die Globalisierung mit den anderen Volkswirtschaften verwoben. Was heißt das für uns, wenn ein Staat Bankrott anmelden müsste?

■ Das hätte gravierende Folgen – in mehrfacher Hinsicht. Als eine Art Gesamtschuldner im Euroraum würde Deutschland finanziell belastet. Viel katastrophaler wäre aber, dass Absatzmärkte für unsere exportorientierte Wirtschaft wegbrechen würden. Allein deshalb müssen wir ein Interesse daran haben, den Euro als gemeinsame Währung zu stabilisieren. Unser EU-Binnenmarkt funktioniert im Wesentlichen über den Euro, und größter Profiteur ist dabei Exportweltmeister Deutschland.

■ Seit Beginn der Krise hat die Politik viel versprochen, aber wenig umgesetzt. Jetzt verspricht die Kanzlerin

wieder viel – was ist von den Vorschlägen von Merkel und Sarkozy zu halten?

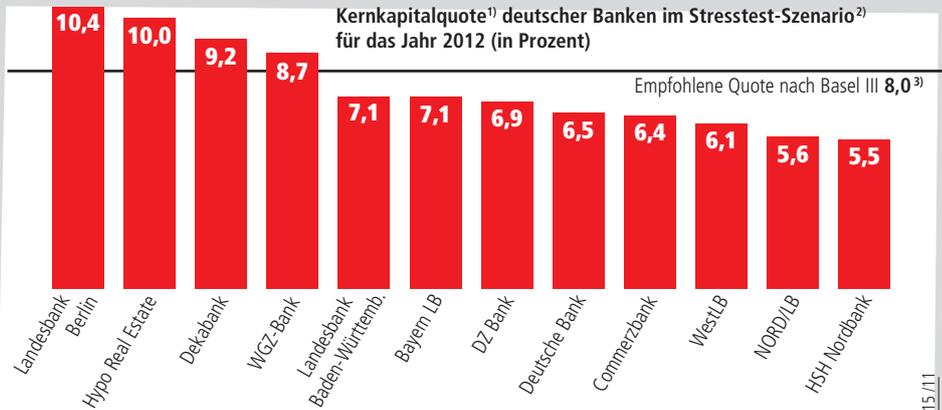
■ Zum Teil gehen sie in die falsche Richtung, weil sie auf Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten setzen. Damit wird die Krise nicht bekämpft, sondern neoliberale Ideologie über wirtschaftliche Vernunft gesetzt. Merkel und Sarkozy haben auch vernünftige Dinge vorgeschlagen, aber noch längst nicht beschlossen. Der Vorschlag der Finanztransaktionssteuer ist nicht neu: Die G20-Staaten haben sich mit dieser Steuer bereits auf dem Gipfel in London befasst – ohne Folgen. Jetzt verteufelt Herr Ackermann von der Deutschen Bank die Finanztransaktionssteuer. Und die Bundesregierung knickt schon ein, wenn Ackermann hustet. So geht das nicht! Frau Merkel muss endlich konsequent handeln. Und wenn sie von einer europäischen Wirtschaftsregierung redet, dann muss sie auch dafür sorgen, dass diese nicht nur die Währungs- und Haushaltspolitik koordiniert. Dazu gehört auch, in den Krisenländern die Konjunktur zu fördern oder gemeinsame Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufzulegen.

■ Fordern die Gewerkschaften also mehr Europa statt weniger?

■ Wir stehen am Scheideweg. Europa ist tatsächlich in der Krise. Wir können die Krise überwinden – aber nicht durch eine Inflation von Gipfeln und halbherzigen Versprechungen. Die Menschen erwarten eine klare, verlässliche Linie. Europa muss den nächsten Schritt der Integration machen – nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in der Sozialstaatlichkeit. Wenn das nicht gelingt, bricht Europa auseinander. Solange Frau Merkel keinen klaren Kurs fährt, wird es kein Vertrauen der Menschen zu ihrer Europapolitik geben. Aber selbst wenn Frau Merkel eine konsequente europapolitische Linie fahren sollte, werden die Gewerkschaften einer Reihe ihrer Vorschläge, etwa zur Schleifung der Tarifautonomie in Europa, niemals zustimmen. Wir lassen uns auch in Europa unsere Freiheitsrechte nicht nehmen. ●

STRESSTEST: Deutsche Banken unter Druck

Alle deutschen Banken haben den aktuellen EU-weiten Stresstest bestanden, das zeigen die Zahlen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Doch spätestens ab 2013 reichen die geforderten fünf Prozent Kernkapitalquote nicht mehr aus – denn dann tritt Basel III in Kraft und sieht acht Prozent vor. Unter diesen Bedingungen wären auch die Deutsche Bank mit einer aktuellen Quote von 6,5 und die Commerzbank mit 6,4 Prozent durchgefallen. Insgesamt fielen acht von rund 90 Banken in Europa durch.



¹⁾ Kernkapital ist Geld, das Banken auch in Krisenzeiten stets zur Verfügung haben müssen, um ihre Risiken abzusichern. Mindestanforderung für den Stresstest sind fünf Prozent. ²⁾ Stresstest-Szenario: Die Wirtschaft in der Eurozone schrumpft 2011 um 0,5 Prozent und 2012 um 0,2 Prozent. Aktienkurse brechen ein, die Schuldenkrise verschärft sich. ³⁾ Ab 2013 sollen dann die Eigenkapitalvorschriften nach Basel III gelten. Diese sehen eine Kernkapitalquote plus ein Kapitalerhaltungspolster von acht Prozent vor.

Quelle: Europäische Bankenaufsicht EBA, 2011

© DGB einblick 15/11

personalien

••• **Heike Kauls**, 48, bisher Leiterin der Abteilung Energie- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist ab 15. September Sozialattachée an der Deutschen Botschaft in Israel. Sie ist Nachfolgerin von **Raja Nejedlo**, 63, zuvor u.a. Abteilungsleiterin Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Raja Nejedlo vertritt ab 1. September als Referentin in der Abteilung Europapolitik **Alexandra Kramer**, 34, die sich zurzeit im Mutterschutz und danach in Elternzeit befindet.

••• **Erhard Pumm**, bis 2009 Vorsitzender der DGB-Region Hamburg, ist im Alter von 65 Jahren

verstorben. Pumm war 1988 von den Mitgliedergewerkschaften des DGB erstmals zum Vorsitzenden gewählt worden. Zudem vertrat er 17 Jahre lang als Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

5./6.9. DGB, OpenSpace-Workshop „(Alles) anders als gedacht. Wenn Frauen das Geld verdienen“, Frankfurt am Main

6.-18.9. Friedrich-Ebert-Stiftung, Foto-Ausstellung „50 Jahre ‚Gastarbeiter‘ aus der Türkei“, Mainz

8.9. Weltbildungstag/ Weltalphabetisierungstag

13.9. DGB, Frauenfachtagung „Gute Arbeit für alle statt prekäre Beschäftigung – Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt“, Dresden

13.9. DGB, Workshop „Beschäftigungssituation von Frauen in der Branche der Erneuerbaren Energien“, Berlin

14./15.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Personalstrategie im Aufsichtsrat“, Lohr am Main

16.-18.9. GEW, Arbeitstagung des Bundesarbeitskreises Junge GEW, Steinbach

17.9. EGB, u.a. mit DGB,

Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes „Ja zu europäischer Solidarität, Ja zu Guter Arbeit und Tarifautonomie, Nein zum unsozialen Spardiktat“, Breslau/Wroclaw, Polen

17.9. NGG u.a., Aktion „Rockkonzert für Vielfalt und gegen Rassismus in Hannover“, Hannover

17.-24.9. ver.di, 3. ver.di-Bundeskongress „Vereint für Gerechtigkeit“, Leipzig

17.9. DGB Sachsen, ver.di, GEW u.a., Seminar „Der sächsische Hochschulentwicklungsplan aus studentischer und gewerkschaftlicher Perspektive“, Leipzig

18.9. Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

19.9. DGB-Sachsen, 10. Sächsischer Seniorentag, Dresden

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Lieber Gott, viel Spaß!“

Der Verband Art Directors Club für Deutschland (ADC) nahm so in der FAZ am 24. August Abschied von Vicco von Bülow, der dort Ehrenmitglied war.

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz „rund um die Uhr“

Bei einer Dienstreise besteht grundsätzlich gesetzlicher Unfallversicherungsschutz. Ereignet sich ein Unfall hingegen bei einem Fußballspiel im Rahmen der Dienstreise, so handelt es sich in der Regel nicht um einen versicherten Arbeitsunfall. Versichert sind lediglich solche Tätigkeiten, die mit dem Beschäftigungsverhältnis rechtlich wesentlich zusammenhängen.

*Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 15. März 2011 - L 3 U 64/06*

Altersteilzeit

Erst ab Grad 50 der Behinderung

Der öffentliche Arbeitgeber ist nach dem Altersteilzeitgesetz grundsätzlich berechtigt, aus wirtschaftlichen Gründen den Kreis der Beschäftigten zwischen dem 55. und dem 59. Lebensjahr, mit denen er einen Altersteilzeitvertrag abschließen möchte, auf schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung ab 50 zu beschränken.

*Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 9. Juni 2011 - 2 Sa 114/10*

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz für Vorlesungsbesucher

Ein Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung als Studierender besteht nicht für eine Person, die lediglich eine Universitätsveranstaltung besucht, ohne als Student immatrikuliert oder von der Universität in anderer Form, etwa als Gasthörer, offiziell registriert zu sein.

*Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 14. Juli 2011 - L 5 U 240/10*

Gesetzliche Krankenversicherung

Anspruch auf einen Elektro-Rollstuhl

Zum Ausgleich einer Behinderung im Bereich der Mobilität haben Versicherte gegenüber ihrer gesetzlichen Krankenkasse einen Anspruch auf Versorgung mit einem geeigneten Elektro-Rollstuhl. Ein zweiter Elektro-Rollstuhl muss hingegen regelmäßig nicht gewährt werden. Etwas anderes gilt erst dann, wenn der Erst-Rollstuhl regelmäßig über längere Zeit nicht verfügbar ist und ein passender Ersatz-Rollstuhl nicht gestellt werden kann. Hinzukommen muss dann aber noch, dass der Versicherte ohne den Erstrollstuhl den überwiegenden Teil des Tags im Bett verbringen muss und auch nicht mit anderen Hilfsmitteln und mit fremder Hilfe mobilisierbar ist.

*Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 19. Mai 2011 - L 8 KR 310/08*

Mutterschutzzeiten

Zählen auch bei der Zusatzversorgung

Die Nichtberücksichtigung von Mutterschutzzeiten bei der betrieblichen Zusatzversorgung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist verfassungswidrig.

*Bundesverfassungsgericht,
Beschluss vom 28. April 2011 - 1 BvR 1409/10*

HIV-Infektion

Stellt keine Behinderung dar

Die Kündigung eines Arbeitnehmers wegen einer Behinderung kann eine Diskriminierung sein. Die HIV-Infektion allein ist keine Behinderung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist HIV-infiziert und wurde vom Arbeitgeber als chemisch-technischer-Technischer Assistent beschäftigt. Der Arbeitgeber kündigte das Arbeitsverhältnis in der Probezeit wegen der HIV-Infektion. Der Arbeitnehmer hielt die Kündigung für unwirksam, die bloße Infektion mit dem HI-Virus könne nicht zur Kündigung berechtigen. Zudem habe der Arbeitgeber ihn durch die Kündigung wegen einer Behinderung diskriminiert und sei daher nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz zur Entschädigungszahlung verpflichtet. Der Arbeitgeber machte demgegenüber geltend, die Kündigung sei noch in der Probezeit erfolgt; sie sei aus Gründen der Arbeitssicherheit unumgänglich gewesen. Eine Diskriminierung sei nicht erfolgt. Die Klage des Arbeitnehmers hatte keinen Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Die Kündigung kann nicht auf ihre sachliche Rechtfertigung hin überprüft werden, weil der Arbeitnehmer noch keine sechs Monate beschäftigt war und das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung findet. Die Kündigung wurde auch nicht willkürlich ausgesprochen, weil die vom Arbeitgeber angeführten Gründe nachvollziehbar sind. Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer zudem nicht wegen einer Behinderung diskriminiert. Die bloße HIV-Infektion führt nicht zu einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit und stellt daher keine Behinderung im Rechtssinne dar.

*Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 9. Juni 2011 - 5 Sa 509/10*

Hartz IV

Nach Geldgewinn keine Leistungen mehr

Macht ein Hartz-IV-Empfänger einen größeren Geldgewinn, verliert er den Anspruch auf staatliche Unterstützung.

Der Fall: Die 40-jährige Frau bezog Hartz-IV-Leistungen. Nachdem sie in einer Fernsehsendung 20.000 Euro gewonnen hatte, verlangte das Sozialamt die Vorlage eines Bankkontoauszuges mit dem Gewinneingang, setzte den Gewinnbetrag als einmalige Einnahme an und stoppte die Zahlungen. Die Frau argumentierte, sie habe den Gewinn zur Schuldentilgung und sonstige Anschaffungen aufgebraucht und verlangte die Weitergewährung der Leistungen. Ihr Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Antragstellerin hat mit dem Geldgewinn in Höhe von 20.000 Euro Einkommen erzielt, das nach dem Gesetz anzurechnen ist. Sie ist bis auf weiteres nicht mehr hilfebedürftig. Die Einnahmen sind auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichmäßig aufzuteilen und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag zu berücksichtigen. Das monatlich anzusetzende Einkommen ist damit geeignet, den Bedarf der Antragstellerin unter Zugrundelegung der Regelleistung und Kosten der Unterkunft zu decken.

Von dem erzielten Einkommen sind auch keine Schulden und Ausgaben abzuziehen. Denn andernfalls würde die Allgemeinheit als Steuerzahler zur Schuldentilgung verpflichtet. Einkünfte sind in erster Linie dazu da, den Lebensbedarf zu decken. Im Übrigen ist es unverständlich, dass die Antragstellerin Schulden tilgt und teure Anschaffungen tätigt, statt die Miete zu zahlen, um sich im Verfahren auf die fristlose Kündigung des Mietverhältnisses zu berufen.

*Sozialgericht Frankfurt/Main,
Beschluss vom 14. Juli 2011 - S 32 AS 788/11 ER*